

Wolkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Łódź, Piotrkowska 109
Telephon 136-90 — Postlehr-Konto 600-844
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikansta 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

von Ribbentrop in Warschau

Der Empfang beim Außenminister — Bestätigung des Abkommens von 1934

Reichsausßenminister von Ribbentrop und seine Gattin sind gestern um 16.50 Uhr in Warschau eingetroffen. Am Bahnhof wurde der Reichsausßenminister von Außenminister Beck und seiner Gattin, Stadtpräsident Staryński, Wojewode Jaroszowicz und anderen Würdenträgern empfangen. Vom Bahnhof begab sich der Reichsausßenminister nach dem Blanka-Palast, wo er für seinen zweitägigen Aufenthalt in Warschau Wohnung genommen hat.

Am Abend fand im Außenministerium zu Ehren des Gesles ein Essen statt, wobei Trinksprüche gewechselt wurden.

Außenminister Beck begrüßte in freundlichen Worten den Reichsausßenminister und seine Gattin und jagte in Würdigung der deutsch-polnischen Beziehungen folgendes:

Ihr Besuch fällt auf den Vortag des Fünfjahresvertrages der Unterzeichnung des Freundschafts- und Friedensvertrages vom 26. Januar 1934. Es war das einer der kürzesten und einfachsten Friedensverträge. Nichtsdestoweniger waren diese wenige Zeilen der Ausdruck des Mutes und des Willens des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Marschalls Józef Piłsudski, eines Willens von historischer Bedeutung und historischem Maß. Es genügt, alle Handlungen und Ershütterungen, alle Hoffnungen und Enttäuschungen, alle komplizierten und wenig erfolgreichen Anstrengungen in der europäischen Politik zu überblicken, um den Wert des damals abgeschlossenen Abkommens zu beurteilen. Weder die Alltagssorgen noch die größeren Spannungen der europäischen Politik konnten die Grundlagen erschüttern, die auf Wunsch der großen Führer unserer Völker in einfachen Formen gesetzt wurden. Um die Tatsache, daß wir, Herr Reichsminister, heute, nach 5 Jahren, mit Ihnen auf denselben Grundlagen verhandeln können, müssen uns viele Regierungen der Welt beneiden.

Auf diese Erfahrungen der Vergangenheit möchte ich den Gedanken über die Zukunft unserer Nationen stützen. Ich hoffe, daß die große Entscheidung vom Jahre 1934 unseren beiden Völkern gestatten wird, ihre Lebenskräfte auf schöpferische Arbeit zu konzentrieren, deren sie selber und die ganze europäische Gemeinschaft bedarf, sowie einen festen Anhaltspunkt für künftige Geschlechter bieten wird, daß sie schon heute der jungen Generation die Möglichkeit bietet, im Geiste eines freundschaftlichen Verständnisses für die Nachbarvölker aufzutreten. Die jungen Grundsätze, von denen sich die Politik unserer beiden Regierungen in den polnisch-deutschen Beziehungen gegenseitig leiten ließen, werden, wie ich das wünschen möchte, es gestatten, immer alle Fragen im Geiste der gegenwärtigen Achtung und des Verständnisses der Interessen beider Länder, zu prüfen.

In seiner Erwiderungsansprache führte Reichsausßenminister von Ribbentrop aus:

Für Ihre Begrüßungsworte bitte ich Eure Exzellenz, zugleich im Namen meiner Frau, meinen aufrichtigen Dank entgegennehmen zu wollen. Es ist mir eine Ehre, daß ich in Erwiderung des Besuches, den Sie der deutschen Regierung abgestattet haben, als Guest in ihrer schönen Hauptstadt weilen darf. Die polnische Regierung hat mir und meiner Frau einen Empfang bereitet, der die sprichwörtliche polnische Gastlichkeit aufs neue bestätigt.

Auch mich erfüllt es mit besonderer Genugtuung, daß mein Besuch auf den fünften Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Verständigungspaltes fällt. Unser Zusammentreffen an diesem Tage legt Zeugnis dafür ab, daß die historische Friedenstat der beiden großen Führer unserer beiden Völker ihre Probe bestanden hat. Das damals abgeschlossene Abkommen hat in all den Wirren und Spannungen den Regierungen fünf Jahre seinen Dienst erwiesen. Es ist auch nach dem Ableben des Schöpfers des neuen polnischen Staates, vor

allen in den bewegten Ereignissen des letzten Jahres, das zuverlässige Instrument der deutsch-polnischen Beziehungen gewesen und hat so nicht nur dem Wohl unserer beiden Völker, sondern auch dem allgemeinen Interesse an der Aufrichterhaltung des europäischen Friedens gedient. Diese glücklichen Erfahrungen weisen der Politik unserer beiden Länder auch für die Zukunft den Weg. Nach dem besten Willen des Führers des deutschen Volkes ist es ein Wesentliches der deutschen Außenpolitik, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage unseres Abkommens festigen und vertiefen. Der weite politische Blick und die staatsmännische Grundsatzbestimmtheit schließen die Gewähr in sich, daß im gleichen Geiste alle in der künftigen Entwicklung auftretenden Fragen zwischen unseren Ländern eine Lösung finden werden, die der Achtung und dem Verständnis für die beiderseitigen Interessen Rechnung trägt. So können Polen und Deutschland in großer Hoffnung ihrer Zukunft entgegensehen.

Botschafter Raczyński bei Hitler

London, 25. Januar. Der polnische Botschafter Raczyński begab sich auf eine Einladung des britischen Außenministers nach dem Foreign Office, wo er mit Lord Halifax eine längere Aussprache hatte. Wie verlautet, haben die beiden Staatsmänner alle aktuellen internationalen Probleme erörtert.

Keine politischen Vereinbarungen in Warschau

Die politischen Kreise in Warschau betrachten übereinstimmend den Besuch des deutschen Außenministers von Ribbentrop in Warschau einerseits als Höflichkeitssvisite oder als Gegenbesuch auf den Besuch des polnischen Außenministers in Deutschland und zweitens als eine Kundgebung im Zusammenhang mit dem fünfjährigen Bestehen des polnisch-deutschen Abkommens.

Es wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß keine Aussprache von tieferer politischer Bedeutung in Aussicht genommen werde, da alle Fragen bereits zwischen Hitler und dem polnischen Außenminister erörtert worden sind.

Botschafterempfänge bei Außenminister Beck

Außenminister Beck empfing am Vorabend des Besuchs des deutschen Reichsausßenministers den italienischen Botschafter di Valentino und den japanischen Botschafter Sato.

Um eine neue Wahlordnung

In Warschauer politischen Kreisen hat die am Dienstag stattgefunden Sitzung der unabhängigen Sejmabgeordneten großes Interesse hervorgerufen. Ein Teil dieser Abgeordneten ist der Meinung, daß die Initiative für ein neues Wahlgesetz von der Regierung ausgehen müsse. Die Mehrheit war jedoch der Ansicht, daß die Initiative der Regierung in dieser Richtung kaum wahrscheinlich ist. Vom Ozon könne man höchstens nur eine weitere Verschärfung des Wahlgesetzes zum Sejm und Senat erwarten. Es sei daher die Pflicht der unabhängigen Abgeordneten, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Sejm am Schluß zuzuleiten.

Tragische Stunden Barcelonas

Die Umkreisung der Stadt schreitet fort

Burgos, 25. Januar. Den Frontberichten der Franco-Armeeleitung zufolge, haben die Franco-Truppen am Mittwoch im Nordabschnitt der katalanischen Front die Stadt Solsona besetzt.

Vor Barcelona sind die Franco-Streitkräfte damit beschäftigt, die Einfriedung der Stadt im Westen und Nordwesten zu vollenden.

Pépignan, 25. Januar. Nach Berichten der Flüchtlinge, ist die Lage in Barcelona außerordentlich ernst. Die Stadt leidet nicht allein Mangel an Lebensmitteln und Licht, sondern auch an Wasser. Die Landstraßen nach dem Norden sind von Flüchtlingen überfüllt, die mit ihren Familien und ihrer Habe hauptsächlich nach Gerona und Figueras ziehen. Eisenbahngleise verkehren überhaupt nicht. Alle anderen Verkehrsmittel sind für militärische Bedürfnisse requiriert. In verschiedenen Vororten Barcelonas wurde seit dem 20. Januar kein Brot ausgegeben. Die Flüchtling behaupten, daß die Verteidiger Barcelonas gegenwärtig keine Munitionsvorräte besitzen.

París, 25. Januar. Die Agentur Havas berichtet aus Cerbère, daß am Mittwoch vormittag eine Schaluppe mit spanischen Flüchtlingen in dem kleinen französischen Hafen La Nouvelle eingetroffen ist. Ferner landeten im Hafen Collioure, in der Nähe von Port Vendres, 17 junge Milizangehörige. Am späten Nachmittag ist in Cerbère selbst ein aus 6 Wagen bestehender Zug mit zehnreichen Angehörigen der internationalen Brigade eingetroffen. Es handelt sich um 486 Kanadier, 105 Nordamerikaner und 30 Engländer. Die Angehörigen werden nach Dieppe und Le Havre befördert.

Bei dem kleinen Ort Babras landete ferner ein mit MG und Luftabwehrwaffen bestücktes kleines Fahrzeug mit 15-köpfiger Besatzung.

París, 25. Januar. Der spanische Verkehrsminister ist, einer Meldung der "Information" zufolge, in Pépignan eingetroffen, wo er zunächst zu bleiben geplant.

París, 25. Januar. Von der französisch-katalanischen Grenze wird berichtet, daß alle Straßen von Barcelona nach Frankreich von Fuhrwerken aller Art überfüllt sind. Die spanischen Grenzwachen haben bisher nur eine geringe Zahl der Flüchtlinge die Grenze passieren lassen, meist Frauen, Kinder und Greise. Im Grenzpaß auf französischer Seite wurden mehrere Flüchtlingslager eingerichtet.

Englische und französische Abwehrorderungen

París, 25. Januar. Der englische Torpedobootszerstörer "Grenadiere" ist, von Barcelona kommend, in der Nacht zum Mittwoch auf der Reede von Marseille eingetroffen, konnte jedoch wegen des Sturmes nicht in den Hafen einlaufen. Erst am Mittwoch früh, nachdem das Unwetter sich gelegt hatte, konnte der Torpedobootszerstörer festmachen und 10 Personen, Angestellte und Frauen von Mitgliedern der englischen Botschaft in Barcelona, landen. Das männliche Personal der englischen Botschaft ist noch in Spanien geblieben und hält sich in Gerona auf. Das englische Kriegsschiff hat gleichzeitig einen Teil der Archive der englischen Botschaft mitgebracht, die sofort nach London weiterbefördert wurden.

París, 25. Januar. Die französische Botschaft in Barcelona hat im Laufe der Dienstag etwa 50 Anträge von Seiten der Mitglieder der französischen Flotte auf Wiedereinführung erhalten. Die betreffenden Franzosen wurden an Bord des französischen Kreuzers "Suffren" gebracht.

Freie Waffeneinfuhr nach Spanien?

Eine Erklärung Roosevelts

Washington, 25. Januar. Staatspräsident Roosevelt erklärte Pressevertretern, daß die Frage der Aufhebung des Waffenexportverbots nach Spanien gegenwärtig von Juristen geprüft werde. Die Juristen sollen feststellen, ob die Regierung genügende Befähigungen besitzt, um dieses Verbot aufzuheben. In politischen Kreisen wird diese Erklärung als Beweis dafür gewertet, daß Roosevelt die Absicht hat, das Waffenexportverbot für Spanien aufzuheben, sofern das Gutachten der Juristen befahend sein sollte.

Kundgebungen für Republik-Spanien in USA-Amerika

New York, 25. Januar. Hier fanden Kundgebungen für das republikanische Spanien statt. Die Kundgeber führten außer USA-Fahnen auch Fahnen des republikanischen Spanien mit sich und ferner Plakate, auf denen die Aufhebung der Waffenexport-Sperre gegenüber Republik-Spanien verlangt wird.

250 Geistliche, darunter zahlreiche Bischöfe der Methodisten und protestantisch-episkopalen Kirchen richteten an Präsidenten Roosevelt eine Bittschrift, in der der Präsident aufgefordert wird, die Waffen-Sperre für Spanien aufzuheben. Im Zusammenhang damit wurde bekanntgegeben, daß das nordamerikanische „Komitee zur Hilfe für die spanische Demokratie“ allein in der letzten Woche an die Regierung und an Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten 250 000 Telegramme gesandt habe, in denen gegen die Waffen-Sperre protestiert wurde. Das USA-Institut für öffentliche Meinung, das von Zeit zu Zeit Probeabstimmungen in den Vereinigten Staaten vornimmt, teilt mit, 76 Prozent des amerikanischen Volkes seien für das republikanische Spanien.

Die Frage der Flüchtlingsaufnahme durch Frankreich

Paris, 25. Januar. Im Anschluß an den letzten Doppelbesuch des spanischen Außenministers del Vallo bei dem französischen Außenminister Bonnet am Dienstag verlautet, daß die spanische republikanische Regierung an Frankreich das Eruchen gerichtet habe, 150 000 Flüchtlinge auf französischem Boden zu beherbergen. Bonnet habe im Namen der Regierung die Gründe aufeinandergelegt, warum Frankreich nicht in der Lage sei, eine derartig hohe Zahl von Menschen bei sich aufzunehmen. Es verlautet ferner, daß in französi-

schen Regierungskreisen geplant wird, dieses Flüchtlingsproblem zu einer internationalen Frage zu machen, damit Frankreich nicht allein die Kosten für die Flüchtlinge aus Spanien zu tragen habe.

Der „Paris Midi“ betont in diesem Zusammenhang, daß Außenminister Bonnet auf die Notwendigkeit der französischen Sicherheit hingewiesen habe, der man augenscheinlich alles unterordnen müsse.

Die amerikanischen Diplomaten verlassen Barcelona

Washington, 25. Januar. Nach einer Mitteilung des Außenministeriums haben fast sämtliche Beamten der amerikanischen Botschaft und des Generalkonsulats in Barcelona an Bord des Kreuzers „Omaha“ Spanien verlassen. Lediglich zwei Botschafter sind zurückgeblieben, die den Auftrag haben, der spanischen Regierung nach ihrem neuen Sitz zu folgen.

Die Internationale und Spanien

London, 25. Januar. Gestern hat hier eine gemeinsame Sitzung der Zugangsausschüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Die in der spanischen Frage angenommenen weitgehenden Beschlüsse sollen heute bekanntgegeben werden.

Wird Minorca besetzt?

London, 25. Januar. Die gestrige Ausgabe des „Star“ berichtet ausführlich mit den aus Paris einkommenden Gerüchten, wonach Frankreich die Absicht haben soll, Minorca und Spanisch-Marokko zu besetzen, die als Bahn dienen sollen, daß die Räumung spanischer Gebiete durch die Italiener auch wirklich erfolgt. Frankreich hat den Hafen MacMahon schon immer als ideale Basis für die französisch-englischen Seekräfte betrachtet. Außerdem haben die französischen Seeflugzeuge schon seit jeher den Hafen Fornelles auf Minorca als Zwischenlandungsstelle auf dem Wege nach Algier benutzt.

Der „Star“ weist darauf hin, daß Minorca vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges durch englische Firmen auf Kosten der spanischen Regierung besetzt worden sei. Dies alles führt dazu, daß die französische Kriegsschiffe in stiller Weise während des Bürgerkrieges Minorca überwachte.

Italien mobilisiert einen Jahrgang

Eine drohende Geste der italienischen Regierung

Paris, 25. Januar. Die Einberufung eines Jahrganges in Italien hat in Frankreich großes Interesse hervorgerufen. In den Wandelgängen des Parlaments betrachtet man diese Einberufung als eine taktische Maßnahme der italienischen Regierung. Linkskreise betrachten diese Maßnahme als eine Antwort auf die Bemühungen, der spanischen Republik Hilfe zu leisten.

Die Pariser Presse hat dieser Teilmobilisierung keine größeren Ausführungen gewidmet und ist sichtlich bemüht, dieser Angelegenheit keine größere Bedeutung beizumessen.

Wochenöffnung des englischen Kabinetts

Erörterung der Rückwirkungen der Entwicklung in Spanien.

London, 25. Januar. Das englische Kabinett trat Mittwoch vormittag unter Vorsitz des Premierministers zu seiner üblichen Wochenöffnung zusammen. Wie es heißt, soll das Kabinett die möglichen Rückwirkungen der Entwicklung des Kriegsverlaufs in Spanien überprüfen. Außerdem wird man voraussichtlich die Forderung der Arbeitsteilung nach einer außenpolitischen Ausprache im Parlament erwägen. Es dürfte zweifelsfrei sein, daß diese Debatte am Dienstag stattfinden wird. Ebenso sicher dürfte es sein, daß das Kabinett sich heute mit der bevorstehenden Palästina-Konferenz beschäftigen wird.

Gegen die Chamberlain-Regierung

London, 25. Januar. Die englische Arbeiterpartei und der Ausschuß der Londoner Arbeitervereinigungen haben eine Broschüre veröffentlicht, in der die Außenpolitik der Regierung verurteilt wird. Es heißt darin unter anderem: „Unsere Staatsmänner haben uns, sei es Schwäche, sei es mit Absicht, in eine Lage gebracht, in der die brutale Gewalt die Welt beherrscht und in der unsere Widerstandsmöglichkeiten sehr eingeschränkt wurden. Die Grundsätze der Demokratie haben einen harten Schlag erhalten.“

Die Verfasser der Broschüre erklären, daß die gegenwärtige nationale Regierung zu einer

Gefahr für die Sache der Demokratie geworden sei.

Zweijährige Dienstzeit in Frankreich

Paris, 25. Januar. Der Heeresausschuß der Kammer hat mit Einstimme einen Bericht des Abgeordneten de Jaurat angenommen, der die Regierungsvorlage zur Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit über das Jahr 1940 hinaus billigt.

Ein schwarzer kolonialgouverneur

Paris, 25. Januar. Zum ersten Mal wurde ein Negro zum Gouverneur eines französischen Kolonialgebiets ernannt. Es ist das Félix Eboué, der gestern vom Kolonialminister Mandel zum Gouverneur eines Bezirks am Ichabée in Libyen, an der französisch-italienischen Grenze, ernannt wurde und bereits von Le Bourget in sein Amtsbereit abgeslogen ist.

Englische Anleihe an China

London, 25. Januar. Wie der „Daily Herald“ meldet, sollen die Verhandlungen über die Gewährung einer Anleihe von drei Millionen Pfund Sterling zur Verteidigung der chinesischen Währung und zur Stabilisierung der Wechselkurse nahezu abgeschlossen sein.

Lohang bombardiert

Schunling, 25. Januar. 16 japanische Flugzeuge haben die Stadt Lohang in der Provinz Honan bombardiert. Als Folge dieses Luftangriffs sind 50 Tote und Vermundete zu verzeichnen.

Auflösung der türkischen Nationalversammlung

Istanbul, 25. Januar. Heute wurde offiziell die Auflösung der Nationalversammlung bekanntgegeben. Die Parlamentswahlen wurden für Mitte Februar ausgeschrieben. Das neue Parlament wird am 1. März zusammentreten.

Deutsch-tschechische Unstimmigkeiten

Prag, 24. Januar. Neben den Unterredungen, die Außenminister Chvalkovsky bei seinem letzten Besuch in Deutschland geführt hat, ist immer noch nichts Näheres bekannt geworden. Aus den Pressekommentaren geht jedoch hervor, daß Deutschland von der Tschechoslowakei immer wieder einseitige Konzessionen verlangt. So schreibt die „Narodni Listy“ u. a.:

„Die Tschechoslowakei habe nicht die Absicht, sich dem Ausgang der Münchener Verhandlungen, also einer Verständigung mit Deutschland zu entziehen, doch kann diese Verständigung nicht darin bestehen, daß nur die eine Seite nachgibt, auch die Gegenseite müßte den guten Willen beweisen. Wenn Deutschland die Bedingungen verstehen wird, die für die Tschechoslowakei lebensnotwendig sind, so wird der Weg zur Zusammenarbeit offen sein. Die Tschechen haben alles, was die Lage erforderte, erfüllt. Erst müssen wir unser Haus bauen, dann erst können wir die Altare einer Verständigung mit Deutschland errichten, die uns der deutsche Abgeordnete Funk empfiehlt. Für eine gute Nachbarschaft mit Deutschland ist bei uns genügendes Verständnis vorhanden, aber das Bauen von Altären braucht Zeit.“

Die Berichte über einen ungünstigen Ausgang des Chvalkovsky-Besuchs in Deutschland werden somit bestätigt.

Nur zwei Wahllisten in Karpatho-Rußland

Prag, 25. Januar. Die Wahlkommission für die Wahlen zum Landtag für Karpatho-Rußland hat von den 6 eingereichten Wahllisten nur 2 Listen zugelassen, und zwar die Liste der ukrainischen Nationalpartei und die Karpathorussische Liste. An der Spitze der ukrainischen Liste stehen Woloschyn und Revaj. An der Spitze der Karpathorussischen Liste figuriert Dr. Baczyński. Schon daraus geht hervor, daß sich der Wahlkampf zwischen der radikal grozukrainischen Gruppe Woloschyns und der gemäßigten Richtung Baczyńskis abspielen wird.

Die österreichischen Auslandschulden

Berlin, 25. Januar. Wie seinerzeit gemeldet, hat die deutsche Regierung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Zuge der Verhandlungen über die Frage der Bedienung der österreichischen Auslandschulden mitgeteilt, daß Deutschland eine Verpflichtung zur Übernahme dieser Schulden zwar nicht anerkennt, die Regierung indessen bereit sei, über die Schadlosaltung amerikanischer Bürger unter gewissen Modestäten in Verhandlungen einzutreten.

Auf diese Mitteilung hat die Berliner Botschaft der Vereinigten Staaten mit einer Note vom 20. Januar geantwortet, in der die grundsätzliche Rechtsauffassung der deutschen Regierung zwar nicht anerkannt, der deutsche Verhandlungsvorschlag aber angenommen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die amerikanischen Gläubiger mit einer Anpassung des Anleihendienstes an die veränderten Verhältnisse einverstanden sein werden. Der deutschen Regierung wird vorgeschlagen, die Verhandlungen darüber mit den amerikanischen Gläubigern unmittelbar aufzunehmen.

Die arabischen Forderungen

Kairo, 25. Januar. Nach dem ägyptischen Blatte „Al Balagh“ werden die arabischen Delegierten an der Londoner Palästinalkonferenz folgende gemeinsame Forderungen stellen: 1. Die Anerkennung des Rechtes der Araber in Palästina auf Unabhängigkeit; 2. den Verzicht auf die Schaffung einer jüdischen Heimat in Palästina; 3. den Abschluß eines anglo-palästinensischen Vertrages nach dem Muster des Vertrages zwischen England und Irak; 4. das Verbot der jüdischen Einwanderung in Palästina.

Neue britische Maßnahmen in Palästina

Jerusalem, 25. Januar. Der britische Militärmammandant im Galiläa-Bezirk hat ab sofort das Besetzen des Sees Genezar ohne Erlaubnis verboten. Die Zensurbehörde untersagte ferner das Photograffieren von Truppenbewegungen. Aus Südpalästina werden drei Beschließungen von Patrouillen gemeldet. Bei Libanon erfolgte ein Zusammenstoß zwischen britischen Militär und Arabern.

Vorläufig keine Besetzung der japanischen Botschaft in Paris?

Tokio, 25. Januar. Im Zusammenhang mit der Rückkehr des japanischen Botschafters Sugimura nach Tokio, will die Zeitung „Kofumin Shimbun“ erfahren haben, daß die Neubesetzung des Botschaftspostens in der französischen Hauptstadt zur Zeit nicht erwogen werde, da wegen „der fortgesetzten Unterstützung Tschangtchucks durch Frankreich und die antijapanische Haltung der französischen Regierung“ die französisch-japanischen Beziehungen nicht als normal bezeichnet werden könnten.

König Boris von Bulgarien in Rom

Unterredung mit Mussolini.

Rom, 25. Januar. König Boris von Bulgarien, der sich in Rom aufhält, hatte im Palazzo Venecia mit Mussolini eine zweistündige Unterredung.

